

Rheingönheim in der Weimarer Republik 1918-1933

Eigentlich hätte am 7. November 1918 auch in Rheingönheim eine neue Zeitrechnung beginnen müssen: In der Landeshauptstadt München war König Ludwig III. gestürzt und Bayern zum Freistaat erklärt worden. Zwei Tage später ging auch Wilhelm II. ins Exil und das Deutsche Reich wurde zur Republik. Wer jedoch nun im bereits seit 1909 sozialdemokratisch geführten Rheingönheim Ansätze zu einer sozialen Veränderung erwartet hatte, sah sich getäuscht. Der von der SPD geführte Gemeinderat trat nicht zusammen - selbst ein zu erwartender Arbeiter- und Soldatenrat wurde zunächst nicht gebildet. Anstatt seiner berief der erst wieder am 18. November 1918 tagende Gemeinderat eine Sicherheitswache – mit der Maßgabe: Leben und Eigentum zu schützen. Anlass war der Rückzug der 190 deutschen Divisionen von der Westfront infolge des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne. Zur Aufnahme durchziehender Abteilungen wurde ein „Einquartierungs-Ausschuß“ gebildet, aber auch bereits die Baracke des bisher in Rheingönheim stationierten „Schweinwerferzugs“ veräußert.¹

Ganz „unrevolutionär“ ging es in Rheingönheim dann doch nicht zu, denn am 25. November 1918 wurde dem Gemeinderat mitgeteilt, dass sich jetzt doch ein „Arbeiterrat“ gebildet hatte, der bereits bei der Auswahl der 13 Mitglieder der Sicherheitswache mitgewirkt hatte. Der ständige Vertreter des Arbeiterrates bei der Gemeindeverwaltung war aus der Gemeindekasse zu entlohnen. Aus der gleichen Quelle folgte auch eine „Weihnachtspende“ an die Truppe, die allerdings mit der Maßgabe bewilligt wurde, sie für die „Gefangenen“ zu bewilligen, deren Entlassung durch die Siegermächte sich bis Februar 1920 hinzog.²

Wie in der ganzen Pfalz war der „revolutionärere Spuk“ auch in Rheingönheim bereits zum 11. Dezember 1918 beendet, da zu diesem Zeitpunkt die ganze bayerische Rheinprovinz von französischen Truppen besetzt und entsprechend den eigenen Beschlüssen die Rätebewegung in der Pfalz damit beendet war. Die Beschlusslage hierzu hatte eine Vertretersammlung der Arbeiter-, Soldaten-, und Bauernräte in der Pfalz am 21. November 1918 in Landau geliefert, die festlegte, dass beim Eintreffen der französischen Besatzungsmacht ihre Selbstauflösung als „revolutionäres Organ“ zu erfolgen sei.³ Rheingönheim selbst hatte ab dem 8. Dezember 1918 eine französische Besatzung, die neben „willkürlicher Quartiernahme“ u.a. in der Mozartschule und in der Halle des Turnvereins untergebracht war – von Seiten der Gemeinderates wurde die Bevölkerung aufgefordert, sich „strengstens“ an die Bestimmungen des Kommandanten zu halten und alle Waffen abzuliefern.⁴

Die Nöte der Zeit bestimmten auch nachfolgend das Ortsgeschehen, des 1919 nur noch 4276 Einwohner zählenden Rheindorfs: Zwar hatte in Berlin die erste ordentliche Zentralversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte nach der Novemberrevolution am 19. Dezember 1919 die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung für den 19. Januar 1919

¹ Vgl. StALu, RG 8 (Protokollbuch des Gemeinderats 1912-1919), S. 521 f.

² Vgl. StALu, RG 8 (Protokollbuch des Gemeinderats 1912-1919), S. 523 f.

³ Vgl. Hermann, Alfred: Die Geschichte der pfälzischen USPD, Neustadt a. d. W. 1989, S. S. 115 ff. Der Rheingönheimer Gemeindeverwaltungsobersinspektor qualifizierte 1931 in seinen „Geschichtliche Aufzeichnungen über die Ortschaft Rheingönheim“ die Arbeiter- und Soldatenräte als „Deserteure und Drückeberger“ ab. Vgl. StALu, RG 794a (Manuskript Paul).

⁴ Vgl. StALu, RG 8 (Protokollbuch des Gemeinderats 1912-1919), S. 525 f. Die französische Besatzung wird vom Gemeindeverwaltungsobersinspektor in der Rückschau als Willkürherrschaft geschildert: Neben „unverständliche Worte, Drohungen mit der Reitpeitsche, Feiern von Orgien“ wird besonders die Belegung des Dorfes „ausgerechnet durch farbige Soldaten-Marokkaner“ beklagt. Vgl. StALu, RG 794a (Manuskript Paul).

festgelegt.⁵ Sie war die erste reichsweite Wahl nach dem Verhältniswahlrecht und die erste, in der Frauen das Wahlrecht hatten. Aber ein „Wahlfieber“ brach in Rheingönheim nicht aus. Der Gemeinderat behandelte am 2. Januar 1919 die Wahl erst unter Top 7 – wichtiger waren Tagesordnungspunkte, wie „Bullenhaltung“, „Gaspreiserhöhung“ und „Mehlverteilung“.⁶

Trotzdem begannen zaghafte Ansätze demokratischer Partizipation: Am 11. Januar 1919 fand die erste Generalversammlung des Turnvereins nach dem Kriege statt.⁷ Einschneidender war die Gründung des Ortsvereins der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands / USPD am 14. Januar 1919.⁸ Wie auch anderenorts hatten die neun Gründungsmitglieder unter der Führung von Karl Herzer und Wilhelm Schiffer zuvor keine Rolle innerhalb der Ortsgruppe der SPD gespielt. Die USPD war die Partei der vom Ersten Weltkrieg geprägten jungen Arbeiter, während die bei den Mehrheitssozialdemokraten / MSPD verblieben, ihre Sozialisation nach 1890 im Kaiserreich erfahren hatten.⁹

Dass die Linksoptionellen allerdings zukünftig im Rheindorf eine Rolle spielen würden, machte das Rheingönheimer Wahlergebnis zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 deutlich: Tonangebend blieben aber die Mehrheitssozialdemokraten mit 53,11 % (1.083 Wählerstimmen), gefolgt von der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei mit 13,19 % (269 Wählerstimmen), der nationalliberalen Deutschen Volkspartei / DVP mit 12,3 % (251 Wählerstimmen) und dem katholischen Zentrum mit 10,69 % (218 Wählerstimmen). Das gleiche Ergebnis erreichten aber auch die Newcomer von der USPD. Den vorrangegangenen Wahlkampf beschrieb Bürgermeister Horlacher als „ruhig“. Dass die Rheingönheimer sich tatsächlich für das ruhige Fahrwasser der Demokratie entschieden hatten und die Weimarer Koalition aus MSPD, DDP und Zentrum im Rheindorf einen großen Vertrauensvorsprung besaß, machten die Dorfbewohner bereits 14 Tage später bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag deutlich, wobei die MSPD 55 % (1060 Wählerstimmen), die anstelle des katholischen Zentrums kandidierende Bayerische Volkspartei / BVP 12,71 % (245 Wählerstimmen), die DDP 12,55 % (242 Wählerstimmen), die DVP 10,22 % (197 Wählerstimmen) und die USPD 9,49 % (183 Wählerstimmen) erhielt.¹⁰

Nach diesem Wahlmarathon bestimmte aber wieder Alltägliches das Dorfgeschehen: Laut Gemeinderatsprotokoll vom 13. und 17. Februar 1919 mussten Werkzeuge beschafft werden, der Limburgerhof benötigte einen Hilfspolizisten und die kommunalen Beamten Teuerungsbeihilfe.¹¹ Die Kanalisation der Hauptstraße stand am 6. März 1919 auf der Tagesordnung, aber auch die Eier- und Kartoffelversorgung.¹² Dass die Ernährungslage das vordringlichste Thema war, macht auch die Tagesordnung des Gemeinderates am 13. März 1919 deutlich, der z.B. festlegte, dass mit dem Gewinn aus dem Gemeindewald Lebensmittel bezahlt werden sollten.¹³ Am 3. April 1919 befasste sich der Gemeinderat neben der sozialen

⁵ Vgl. Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Stenographische Berichte, Berlin 1919, S. 141.

⁶ Vgl. StALu, RG 8 (Protokollbuch des Gemeinderats 1912-1919), S. 525 ff.

⁷ Vgl. <http://www.tvrheingoenheim.de/Vereinsgeschichte/1878-1919> - abgerufen am 30.06.2016.

⁸ Vgl. Hermann., S. 364.

⁹ Vgl. Becker, Klaus J., Wandler zwischen den Welten. Parteiwechsel innerhalb der pfälzischen Arbeiterbewegung zwischen 1917 und 1956, in: Nestler, Gerhard/ Stefan Schaupp (Hg.), Zwischen Revolution und Demokratie. Studien zur Geschichte der Pfalz vom späten 18. bis Mitte des 20. Jahrhunderts (= Stiftung zur Förderung der pfälzischen Geschichtsforschung im Auftrag der Stiftung zur Förderung der pfälzischen Geschichtsforschung herausgegeben von Pirmin Spieß, Reihe B Abhandlungen zur Geschichte der Pfalz, Bd. 13), Neustadt der Weinstraße 2012, S. 319.

¹⁰ Vgl. StALu, RG 87 (Reichstagswahlen 1919).

¹¹ Vgl. StALu, RG 8 (Protokollbuch des Gemeinderats 1912-1919), S. 530 ff.

¹² Vgl. StALu, RG 8 (Protokollbuch des Gemeinderats 1912-1919), S. 535 ff.

¹³ Vgl. StALu, RG 8 (Protokollbuch des Gemeinderats 1912-1919), S. 539 ff.

Bewältigung der Kriegsfolgen mit einem weiteren Überbleibsel aus der Kaiserzeit: Zehn Neubürgern wurde die bayerische Staatsangehörigkeit verliehen – auch in der Weimarer Republik galt das deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913 weiter, das die Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort des Gliedstaats festlegte. Wer nach Rheingönheim zog und hier z.B. sein Wahlrecht ausüben wollte, musste also nach wie vor erst die bayerische Staatsangehörigkeit erwerben. Erst 1934 wurde die eigenständige Staatsangehörigkeit der deutschen Gliedstaaten zugunsten einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit abgeschafft.¹⁴

Eine weitere Kriegsfolge war der schleichende Verlust der Kaufkraft. Vorboten der Hyperinflation von 1923 waren aber schon 1919 spürbar – so setzte der Gemeinderat am 24. April 1919 den Ansatz für die Lebensmittelversorgung von 300 M. auf 100.000 M. hoch!¹⁵ Entsprechend wurde der Top: „Teuerungszulage der Gemeindebeamten“ zu einer Dauertagesordnungspunkt der Gemeinderatssitzungen.¹⁶ Zusätzlich wurde am 3. Juli 1919 auch noch eine Kommission zur Einschätzung der Kriegsschäden einberufen.¹⁷ Die Besetzung des linken Rheinufer und seine zeitweilige wirtschaftliche Abschottung führten auch zur Wiederaufnahme des Schmuggels auf beiden Rheinseiten. An Pfingsten 1919 wurde zwei Rheingönheimer beim Versuch Lebensmittel über den Rhein nach Baden zu bringen, von französischem Militär erschossen.¹⁸ Maßnahmen anlässlich der vom französischen Kontrollamt in Ludwigshafen in Aussicht gestellten Rückkehr der 52 kriegsgefangenen Rheingönheimer (19 Ehemänner und 33 Ledige) wurden erstmals am 17. Juli 1919 beraten – auch die Wöllner-Werke beabsichtigten sich finanziell an deren Integration zu beteiligen. Allerdings ließ Frankreich dann doch erst im Herbst 1919 zunächst nur die Schwerverwundeten heimtransportieren. Erst nach Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages begann ab dem 20. Februar 1920 der Heimtransport der übrigen.¹⁹

Bereits am 7. August 1919 musste sich der Gemeinderat mit dem nicht ausreichenden Brennstoffvorrat – Holz – für den Winter befassen.²⁰ Zugleich wurde die Kanalisation der Gemeinde mittels Notstandsarbeiten zur Arbeitsbeschaffung vorangetrieben – auch auf dem Wege der Zwangsenteignung von dafür benötigtem Baugelände.²¹ Eine Ruhrepidemie macht im Oktober die Einrichtung eines „Seuchenlazaretts“ in der Mozartschule notwendig.²² Die Schwere der Epidemie – 13 Sterbefälle – hatte sogar die französischen Besatzungstruppen im September 1919 zum Abzug in Richtung Ludwigshafen verlassen. Fortan wurde das Dorf nur noch von französischen Gendarmen observiert. Die Räumung Rheingönheims änderte allerdings nichts an der Besetzung der Pfalz bis Juni 1930. Entsprechend befasste sich auch der Gemeinderat am 4. Dezember 1919 mit der Kostenübernahme für die von Franzosen

¹⁴ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 1.

¹⁵ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 10.

¹⁶ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 11.

¹⁷ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 21.

¹⁸ Vgl. StALu, RG 794a (Manuskript Paul).

¹⁹ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 25 sowie der General-Anzeiger, Ludwigshafen, Jg. 45, Nr. 182 vom 8. August 1919 („Aus der Pfalz“).

²⁰ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 32 sowie der General-Anzeiger, Ludwigshafen, Jg. 45, Nr. 182 vom 8. August 1919 („Gemeindezeitung“).

²¹ Vgl. General-Anzeiger, Ludwigshafen, Jg. 45, Nr. 191 vom 19. August 1919 („Bekanntmachung“) und RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 36.

²² Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 40 und StALu, RG 794a (Manuskript Paul): Der Rheingönheimer Gemeindeverwaltungsobersinspektor beklagt 1931 das nachfolgende „Spitzeltum, an dem sich leider auch Deutsche beteiligten“ und weiter: „Schade dass man diesen Parasiten heute infolge des Londoner Abkommens über den Schutz politischer Vergehen nicht beikommen und sie ausrotten kann.“

angeordneten Ausweise für den Rheinbrückenverkehr und beschloss pro Ausgabe eine Gebühr von 50 Pfennig zu erheben.²³

Eine weitere Folge des Krieges war der zwangsläufig das Gedenken an die Opfer des Krieges. Bereits am 7. Januar 1920 erfolgte die feierliche Weihe einer Gedenktafel für die sieben Gefallenen des Turnvereins in der vereinseigenen Turnhalle.²⁴ Bald darauf folgte auch der FC Arminia mit einer Ehrentafel.²⁵ Im Mai 1921 zog auch das der Arbeitersportbewegung zugehörige Sportkartell nach und errichtete im Luitpoldhain ein Denkmal für die gefallenen Mitglieder des Kartells sowie des Gesangvereins Aurora.²⁶ Einen großen Presseniederschlag konnten die jeweiligen Einweihungsfeierlichkeiten aber noch nicht finden, da Rheingönheim zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eine eigene Tageszeitung verfügte. Diese Marktlüge hatte Anton Sturm – Verleger des Mundenheimer Anzeigers – erkannt, der am 15. Januar 1920 dem Gemeinderat anbot, amtliche Mitteilungen unter dem Wappen von Rheingönheim in seiner Tageszeitung zu veröffentlichen.²⁷

Dass sich manche Probleme mit der Zeit wiederholen, macht die Gemeinderatssitzung vom 18. März 1920 deutlich, die sich schon mit dem „freien Herumlaufen von Hunden“ befasste! Wichtigster Tagesordnungspunkt waren aber die Festlegungen zur Ablauf der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl am 18. April 1920.²⁸ Erstmals nach 1909 waren die Rheingönheimer zur Neuwahl ihrer Gemeindevertreter aufgerufen; weibliche Kandidaten sucht man auf den Bewerberlisten der Parteien aber vergeblich. Die bisher mit absoluter Mehrheit regierende MSPD musste sich dabei sowohl Angriffen von links durch die USPD als auch von rechts durch die linksliberale DDP, das katholische Zentrum und vor allem durch die bäuerlich geprägte Bürgerpartei erwehren. Während dabei Bürgermeister Horlacher sein Amt in direkter Wahl verteidigen konnte, bot der Gemeinderat nun ein völlig anderes Bild: acht Mandate der SPD, standen acht Mandate der USPD, vier der Bürgerpartei, zwei des Zentrums und zwei der DDP gegenüber²⁹ Da sich Bürgerpartei, DDP und Zentrum aber im Gemeinderat als „Vereinigte Parteien“ zusammenschlossen, standen sich im Gemeinderat der drei gleichgroße Fraktionen gegenüber, die anschließend um die Besetzung des zweiten, dritten und vierten Bürgermeisters stritten, was letztlich eine Entscheidung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs notwendig machte.³⁰

Bei dieser Auseinandersetzung übten MSPD und USPD noch den Schulterschluss – auch bei der anschließenden, zeitgleich durchgeführten Reichstags- und Landtagswahl am 6. Juni 1920 ergab sich eine klare linke Majorität in der Gemeinde – die erstmals angetretene KPD spielte noch keine Rolle. Ursache der deutlichen „roten“ Mehrheit war die nicht gelöste soziale Fragen: Bei der Durchsicht der Ratsprotokolle springen immer wieder Tagesordnungspunkte, wie „Wohnungsnot“, „Kleiderzuschuss“ oder „Armensärge“ ins Auge.³¹ So überrascht nicht, dass unmittelbar nach der Vereinigung des linken USPD-Flügels mit der KPD die gesamte Rheingönheimer Ortsgruppe der USPD zur VKPD übertrat und dies auch die bisherige

²³ StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 57.

²⁴ Vgl. <http://www.tvrheingoenheim.de/Vereinsgeschichte/1878-1919> - abgerufen am 11.07.2016.

²⁵ Vgl. Furtwängler, Martin: Erinnerung aus Erz und Stein. Denkmäler in Ludwigshafen am Rhein bis 1945, S. 106.

²⁶ Vgl. Becker, Klaus J. / Haller, Philippe: Der Gedenkstein der gefallenen Sportkollegen in Rheingönheim als genealogische Quelle, in: Pfälzisch-Rheinische Familienkunde, Jg. 65 (2016), Band XVIII, Heft 7, S. 377-379.

²⁷ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 71.

²⁸ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 87.

²⁹ Vgl. StALu, RG 81 (Gemeinderats-Wahl 1920.)

³⁰ Vgl. StALu, RG 44 (Wahl der Bürgermeister).

³¹ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 113-170.

achtköpfige USPD-Fraktion im Gemeinderat bereits am 30.12.1920 nachvollzog.³² Pfalzweit war dies jedoch eine Ausnahme.³³ „Revolutionärer“ ging es dadurch im Rheindorf aber nicht zu – vielmehr beschäftigte sich der Gemeinderat z.B. mit der Vergabe des „Schießbudenplatzes“ und mit der Bezahlung des „Laternenanzünders“, der pro Tag drei Stunden für seine Tätigkeit veranschlagte.³⁴

Die Explosionskatastrophe von Oppau, die am 21. September 1921 561 Todesopfer gefordert hatte, stand am 29. September 1921 auf der Tagesordnung. Der Gemeinderat beschloss einstimmig sich mit 10.000 M. am Hilfswerk Oppau zu beteiligen und zusätzlich eine Haussammlung zu genehmigen. 50-60 Rheingönheimer Familien erklärten sich zur Aufnahme von Obdachlosen bereit.³⁵ Nachfolgend war auch die Hungersnot in Russland Gegenstand einer Gemeinderatssitzung, da die VKPD-Fraktion am 29. Dezember 1921 die Befreiung von der Vergnügungssteuer für ihre „Liebknechtfeier“ im Januar 1922 beantragte, um mehr Gewinn zugunsten der Hungerenden erzielen zu können.³⁶

Mit der „Selbstständigmachung“ des Limburgerhofes befasste sich der Gemeinderat erstmals am 9. März 1922. Statt einer selbstständigen Gemeinde strebten die dortigen Bewohner allerdings den Anschluss an Ludwigshafen an. Bis auf einen lehnten allerdings alle Gemeinderäte es ab, hierzu mit Rheingönheimer Gebietsanteilen beizutragen.³⁷ Offen zeigte sich das Gremium aber am 16. März 1922 für die „Einführung des 8. Schuljahres für Knaben an der Volksschule“.³⁸ Ebenso war man bereit für die in Rheingönheim wohnenden und von ihren Ludwigshafener Arbeitgebern ausgesperrten Metallarbeiter Notstandsarbeiten anzubieten.³⁹ Dass sich das gesellschaftliche Miteinander wieder zuspitzte, macht der am 21. September 1921 negativ beschiedene kommunistischer Antrag vom 20. Juli 1922 deutlich, vom Monarchismus geprägte Rheingönheimer Straßennamen umzubenennen sowie den „Kriegervereinsschrank“ aus dem Gemeinderatssaal zu entfernen.⁴⁰ Gleichzeitig wurde aber auch sowohl dem Traditionsgesangverein „Germania“ wie dem Arbeitergesangverein „Aurora“ Schulsäle als Proberaum zur Verfügung gestellt und auch die Freireligiöse Gemeinde erhielt dort einen Raum für den Religionsunterricht.⁴¹ Zum Jahresabschluss am 21. Dezember 1921 musste der Gemeinderat einstimmig feststellen: „Für die Brotverbilligung hat die Gemeinde keine Mittel“ und „Notstandsarbeiten sind z.Z. nicht möglich“.⁴²

³² Vgl. StALu, RG 44 (Wahlen 1890-1920).

³³ Vgl. Hermann, S. 251.

³⁴ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 178-188.

³⁵ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 245.

³⁶ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 269.

³⁷ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 278.

³⁸ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 284.

³⁹ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 292. In Süddeutschland wurden die Metallbetriebe seit dem 1. März 1922 bestreikt, um eine Verlängerung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 46 auf 48 Stunden zu erreichen. Zur Unterstützung der bestreikten württembergischen Arbeitgeber sperrten die pfälzischen Metallbetriebe ihre Mitarbeiter aus. Nach zwei Monaten Arbeitskampf einigte man sich auf eine „bedarfsweise anzuordnende Verlängerung der Arbeitszeit“.

⁴⁰ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S. 292. Die geschlossene Ablehnung des VKPD-Antrages durch MSPD und Vereinigte Parteien ist deshalb bemerkenswert, da der VKPD-Antrag im Kontext der Ermordung des linksliberalen Reichsaußenminister Walter Rathenau am 24. Juni 1922 durch Rechtsradikale stand und reichsweit DDP, Zentrum, MSPD, USPD und VKPD gleichzeitig der Formel „Der Feind steht rechts“ folgten.

⁴¹ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.311-314.

⁴² Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.332.

Das Jahr 1923 verschärfte die Situation aber noch erheblich.

Gemeindeverwaltungsobersinspektor Paul resümierte: „Der (von der Reichsregierung gegen die Besetzung des Ruhrgebiets am 13. Januar 1923 ausgerufenen) passiven Widerstand (...) brachte viel Weh und keine Milderung der Lage. Die einsetzende Inflation unserer Währung führte zum Ausverkauf unserer Warenvorräte durch französisches Geld und auch die im Saargebiet wohnenden Deutschen, die in Franken entlohnt wurden, beteiligten sich an dieser Ausbeutung unserer Lage.⁴³ Der Aufruf zum passiven Widerstand erstreckte sich insbesondere auf die Mitarbeiter der Eisenbahnen in den besetzten Gebieten. Wer der Aufforderung Folge leistete, wurde von der Besatzungsmacht aus der Pfalz ausgewiesen, darunter auch drei Rheingönheimer Familien. Besonders dramatisch wurde es in der Nacht vom 29. auf den 30.05.1921 als bei Rheingönheim Eisenbahngleise gesprengt wurden. Täter war der als Landwirtschaftsingenieur in der Versuchsanstalt der BASF in Limburgerhof beschäftigte Paul Görge. Noch in der Tatnacht verhaftet, wurde er in Mainz vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt.⁴⁴ Ab Anfang August setzte die Hyperinflation ein; die Gemeindechronik verzeichnet sowohl die galoppierende Preissteigerung wie zunehmende Diebstähle aller Art.⁴⁵ Auch der Gemeinderat machte sich nun auf alle Eventualitäten gefasst und beschloss am 23. August 1923 in geheimer Sitzung: „Maßnahmen bei politischen Zwischenfällen“, wie der Inhaftierung des Bürgermeisters.⁴⁶ Zusätzlich schnellte ab Anfang November die Arbeitslosenquote hoch – der Gemeinderat musste am 16. November 1923 zu einer Sondersitzung die „Erwerbslosenfürsorge betr.“ zusammentreten.⁴⁷ Die nächste Sitzung am 6. Dezember 1923 musste spontan und zum Eigenschutz sogar nachts durchgeführt werden, da an diesem Tage Bürgermeister Horlacher nach Ludwigshafen aufs Bezirksamt einbestellt und dort zu einer Loyalitätserklärung gegenüber der separatistischen „Regierung der Autonomen Pfalz im Verband der Rheinischen Republik“ gezwungen worden war.⁴⁸ Der Gemeinderat kassierte stante pede die vom Bürgermeister erpresste Erklärung in seiner Nachtsitzung inkl. der Stimme Horlachers einstimmig.⁴⁹ Den gleichen Schritt vollzog der Gemeinderat auch noch einmal am 20. Dezember 1923⁵⁰ im Rahmen einer nun ordnungsgemäß eingeladenen Sitzung. Allerdings sah sich Bürgermeister Horlacher nach der Abgabe einer persönlichen Erklärung gezwungen, sich bis 21. Februar 1924 auf das rechte Rheinufer zu begeben, um eine Inhaftierung durch die Besatzungsmacht zu entgehen.⁵¹

⁴³ StALu, RG 794a (Manuskript Paul).

⁴⁴ Vgl. Gräber, Gerhard / Spindler, Matthias: Revolverrepublik am Rhein. Band 1, Landau 1992, S. 134 ff. Im Gegensatz zu Albert Leo Schlageter wurde er aber nicht hingerichtet und erhielt deshalb auch keinen posthumen Kultstatus durch den Nationalsozialismus.

⁴⁵ Vgl. StALu, RG 794a (Chronik 1923)

⁴⁶ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.395.

⁴⁷ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.395.

⁴⁸ Mit Hilfe eines „Pfälzischen Corps“ – die Ortschronik spricht von „Wilde Horden, Sträflinge jeder Art, geführt von ebenbürtigen Personen“ hatte der selbsternannte Präsident der Freien Bauernschaft, Franz Josef Heinz aus Orbis, zwischen dem 6. und 10. Oktober 1923 die Kontrolle über die pfälzischen Städte Kaiserslautern, Neustadt an der Haardt und Landau übernommen. Nach der Kapitulation der pfälzischen Regierung und des Kreistages rief Heinz am 12. November 1923 in Speyer die Autonome Pfalz im Verband der Rheinischen Republik aus. In den nächsten Wochen fielen den Separatisten immer mehr pfälzische Städte zu, so auch Ludwigshafen am 23. November 1923.

⁴⁹ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.412.

⁵⁰ Der Stadtrat von Ludwigshafen hatte das gleiche bereits am 14. Dezember 1923 vollzogen – drei Tage später hatten sich 20.000 Ludwigshafener an einer Demonstration gegen den Separatismus beteiligt.

⁵¹ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.416-418 sowie StALu, RG 794a (Manuskript Paul). Horlachers Schritt erfolgte nicht ohne Grund: Ludwigshafens Oberbürgermeister Dr. Dr. Weiß wurde am 21. Dezember 1923 ausgewiesen und konnte seine Amtsgeschäfte erst am 20. Mai 1924 wieder aufnehmen.

Am 3. Januar 1924 wurden die Geschäftsbereiche des Bürgermeisters aufgrund seiner „Dienstverweigerung“ zwar auf seine drei Stellvertreter verteilt – ansonsten aber beschlossen, sich der Regierung der Autonomen Pfalz zu verweigern.⁵² Allerdings war nach der Ermordung von Franz Josef Heinz am 9. Januar 1924 und dem Sturm auf das Pirmasenser Bezirksamt am 12. Februar 1924 der „autonome Spuck“ in der Pfalz beendet, so dass auch in Rheingönheim bereits am 14. Februar 1924 zu einer geregelten Tagesordnung zurückkehren konnte – die „Dienstverweigerung“ des noch immer abwesenden Bürgermeisters Horlacher wurde in einen „unverzüglichen vierwöchigen Urlaub für 1923“ umgewandelt.⁵³ Auch das Wirtschaftsleben Rheingönheims kam nach dem Ende der Hyperinflation mit der Einführung der Rentenmark wieder in die Gänge – die dazu notwendige Duldsamkeit der Bevölkerung wurde allerdings von Gemeindeverwaltungsobersinspektor Paul als „Stumpfheit“ abqualifiziert.⁵⁴ Seine überlieferte nationalistische Sichtweise des Rheingönheimer Zeitgeschehens unterschlägt z.B. die Aussperrung der in der BASF beschäftigten Arbeiter aus Rheingönheim seit dem 6. März 1924⁵⁵. Bereits am 20. März 1924 musste sich der Gemeinderat mit deren Notlage befassen. Während den Ausgesperrten einstimmig Unterstützung zugesagt wurde, wurden die zwei Straßenneubenennungen nach Gustav Adolf Uthmann und Karl Bröger nur von den beiden Arbeiterparteien mitgetragen.⁵⁶ Bereits 14 Tage später hatte sich die Versorgungslage der Ausgesperrten soweit zugespitzt, daß das Rote Kreuz eine Suppenküche eröffnen musste.⁵⁷ So überrascht nicht weiter, daß die KPD bei der Reichstagswahl am 04. Mai 1924 in Rheingönheim mit 750 Stimmen noch vor der SPD mit 691 Stimmen lag – weitabgeschlagen folgten DVP (288), Zentrum (253) und DDP (116). Für die im Wahlbündnis „Völkischer Block“ kandidierende NSDAP votierten erstmals 25 Rheingönheimer. Die zeitgleich stattfindende Landtagswahl bot kein anderes Bild. Sozial befriedet war die Gemeinde erst wieder nach dem 9. Mai 1924, als die Werksleitung der BASF die Arbeitsaufnahme wieder gestatte. Allerdings zahlte die Arbeiterbewegung dafür einen hohen Preis: Der Achtsturentag war verloren, kommunistische wie sozialdemokratische Gewerkschaft waren deutlich geschwächt und mehr als 300 kommunistische Vertrauensleute wurden nicht wieder eingestellt.⁵⁸

Offensichtlich kam nach all diesen Alltagsorgen die Eröffnung des „Olympia-Stadions“ in Rheingönheim – tatsächlich eine Radrennbahn auf freiem Felde – genau rechtzeitig, denn von 4.800 Einwohnern ließen sich über 4.000 am 01. Juni 1924 die Eröffnungsfeier nicht entgehen.⁵⁹ Anschließend kehrten ab schnell die Nöte der Zeit zurück: Die Erwerbslosenversorgung stand nach wie vor auf der Tagesordnung – zudem war der Personalstand der Gemeindeverwaltung zu hoch, weshalb die Ortspolizei um einen

⁵² Vgl. RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.419-420 sowie RG 794a (Chronik 1924).

⁵³ Vgl. RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.423.

⁵⁴ StALu, RG 794a (Manuskript Paul).

⁵⁵ Die Werksleitung hatte ab dem 3. März 1924 für die Arbeiter der Normalschicht den Neunsturentag eingeführt, woraufhin der kommunistisch geführte Industrieverband die Arbeiter in einem Massenflugblatt aufforderte, die Arbeitsplätze wie bisher nach acht Stunden zu verlassen. Nach zwei Tagen folgten bereits zwei Drittel der Arbeiterbelegschaft in der BASF dieser Aufforderung, worauf die Direktion am 6. März 1924 die gesamte Arbeiterbelegschaft aussperrte und mit Hilfe der Polizei das Werksgelände räumen ließ. Dies führte zu einer massiven Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Polizei, in deren Verlauf fünf Arbeiter getötet wurden. Eine Folge davon war ein Massenzulauf zum Industrieverband, der bis zur Aufgabe des Streiks am 9. Mai 1924 dessen alleinige Leitung innehatte, da sich der sozialdemokratisch geführte Fabrikarbeiterverband dem Abwehrstreik nicht angeschlossen hatte.

⁵⁶ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.427-430.

⁵⁷ Vgl. StALu, RG 794a (Chronik 1924).

⁵⁸ Vgl. Braun, Günter: Schichtwechsel. Arbeit und Gewerkschaft in der Chemie-Stadt Ludwigshafen, 2. erw. Auflage 1999, S. 86-88.

⁵⁹ Vgl. StALu, RG 794a (Chronik 1924).

Mitarbeiter auf vier reduzierten werden mussten. Die Verwaltungsbeamten konnten hingegen ihre vier Stellen verteidigen.⁶⁰ Auch im Oktober 1924 mussten Notstandsarbeiten vergeben werden; zusätzlich erhielt das (Arbeiter)-Sportkartell Gelände zur Errichtung eines „Volkshauses“. Zurückgestellt wurde dagegen der Zuschussantrag des Bühnen-, Kultur- und Volksbildungsvereins „Olympia“ für einen „Filmapparat“⁶¹

Der Wahlkampf kehrte bereits am 14. November 1924 in die Gemeinde zurück, als die Vorbereitung der regulären Kommunalwahl am 7. Dezember 1924 auf der Tagesordnung stand – nicht behandelt wurde die gleichzeitig durchgeführte Wiederholung der Reichstagswahl.⁶² Diese erbrachte einen Rückgang der Extreme: Die KPD verlor rund 200 Stimmen und fiel wieder auf Platz 2 hinter der SPD in der Wählergunst zurück; der rechte Rand erreicht gerade noch neun Wähler. Ein anderes Bild ergab jedoch die Kommunalwahl: Hier obsiegte die Bürgervereinigung, die sieben Sitze erlangte vor der SPD mit sechs und der KPD mit fünf. Zentrum und DDP hatten jeweils nur einen Sitz gewonnen. Da sich die Gesamtstärke des Gemeinderates nun aber auf 20 Vertreter reduziert war, bestand in Rheingönheim nach wie vor eine linke Mehrheit im Gemeinderat. Allerdings hatte die KPD – analog zu ihrer ultralinken Strategie auf Reichsebene – die Absicht, in den kommenden vier Jahren sich in die Rolle der Fundamentalopposition zu begeben; stieß jedoch bei einem Teil der bisherigen Gemeindefraktion, die das Miteinander eingeübt hatte, auf Widerstand. Offen brach dieser parteiinterne Konflikt bei der Neuwahl des Bürgermeisters am 18. Dezember 1924 aus. Zur Wahl stand der Kandidat der Bürgerlichen Schmidt und der SPD Reimer. Auf den bürgerlichen Kandidaten entfielen neun Stimmen – sieben aus der eigenen Fraktion und zwei aus den Reihen der KPD. Auf den Kandidaten der SPD entfielen acht Stimmen – die seiner Fraktion sowie die der DDP und des Zentrums. Wahlentscheidend zugunsten des bürgerlichen Kandidaten war die Stimmenthaltung der KPD-Mehrheit. Die KPD-Gemeinderäte Hamann und Böcker wurde daraufhin am 22. Dezember 1924 aus der Partei ausgeschlossen; die SPD-Fraktion focht am 24. Dezember 1924 die Bürgermeisterwahl an. Begründung: Die Wahl war entgegen der Wahlordnung öffentlich durchgeführt worden; mehr als 50 nicht wahlberechtigte Personen hatten sich trotzdem im Sitzungssaal aufgehalten, darunter der Ortsvereinsvorsitzende der KPD, Gascho, der „am Sitzungstische“ mit dem Appell an die Parteidisziplin, die Mitglieder der KPD-Fraktion zur Stimmenthaltung aufforderte. Alternativ drohte er mit dem Parteiausschluss, was dann am Beispiel von Hamann und Böcker durchexerziert wurde.⁶³ Entsprechend wirkte auch nicht deeskalierend, dass am 8. Januar 1925 Hamann zum 2. Bürgermeister und der unterlegene Reimer zum 3. Bürgermeister gewählt wurde. Ein Antrag der KPD Hamann und Böcker das Misstrauen auszusprach und zum Mandatsverzicht aufforderte, fand zwar eine Mehrheit; änderte er aber nichts, daran das der Hamann und Böcker weiter ihr Mandat wahrnahmen. Daraufhin verließen SPD- wie KPD-Fraktion die Sitzung, sodass die Besetzung der Ausschüsse ohne sie erfolgen musste.⁶⁴ Der Auszug der SPD- und KPD-Fraktion wiederholte sich bei der Gemeinderatssitzung am 29. Januar 1925, die dann aufgrund des Fehlens eines Fraktionsmitglieds der Bürgervereinigung wegen Beschlussunfähigkeit abgebrochen werden musste.⁶⁵ Am 5. Februar 1925 hatte Bürgermeister Schmidt wieder seine Fraktion vollständig

⁶⁰ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.447-452.

⁶¹ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.456-461.

⁶² Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.462.

⁶³ Vgl. StALu, RG 38 (Wahl der Bürgermeister)

⁶⁴ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.474-478.

⁶⁵ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.481.

hinter sich und konnte deshalb trotz des neuerlichen Auszugs von SPD und KPD die Gemeinderatssitzung durchführen.⁶⁶

Auch die nachfolgende Sitzung am 26. Februar 1925 war trotz fortgesetzten Boykotts der beiden Linksparteien beschlussfähig und gab u.a. die Zustimmung zur Herausgabe einer „Ortsgeschichte“⁶⁷ durch den Gemeindeverwaltungsoberspektor Paul.⁶⁸ Allerdings erging bereits einen Tag später an alle Gemeinderatsmitglieder sowie ihre potentiellen Nachrücker die Aufforderung, sich über eine gemeinsame Niederlegung ihre Mandate zu beraten, um so den Weg für eine Neuwahl von Bürgermeister und Gemeinderat freizumachen. Als „Treuhand“ in dieser Angelegenheit wurde ebenfalls Gemeindeverwaltungsoberspektor Paul bestimmt. Am 4. März 1925 lag das Ergebnis vor – alle Mandatsinhaber und Nachrücker erklärten den Mandatsverzicht und machten damit den Weg für ihre Neuwahl frei. Nachfolgend nahm auch die SPD-Fraktion ihre Beschwerde gegen die Wahl von Bürgermeister Schmitt zurück. Daraufhin legte das Bezirksamt Ludwigshafen den Neuwahltermin auf den 29. März 1925 fest und verband ihn damit mit dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Am 21. März lag dazu die „Bekanntmachung“ mit den Wahlvorschlägen der Parteien vor, die einige Überraschungen bot. Der bisherige dritte Bürgermeister Reimer erschien nicht mehr auf der SPD-Liste – dafür hatte man „Altbürgermeister“ Horlacher reaktiviert und wieder auf Platz eins gesetzt. Die beiden abtrünnigen KPD-Mitglieder Hammann und Böcker fand man nun auf der Liste der Bürgervereinigung wieder.⁶⁹

Dass Kommunalwahlen eigene Gesetze haben, bewies die Wiederholungswahl vom 29. März 1925: Während die Rheingönheimer Linksparteien beim 1. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wieder eine deutliche absolute Mehrheit erreichten, war das Kommunalergebnis eine Abstrafung für die voran gegangene Fundamentalopposition der KPD: Die SPD konnte trotz Horlacher als Spitzenkandidat lediglich ihre sechs Mandate halten, die KPD hingegen verlor gleich drei Mandate an Bürgervereinigung. Fast die Hälfte der Rheingönheimer, die bei der Reichspräsidentenwahl für den kommunistischen Kandidaten votiert hatten, entzogen vor Ort der KPD-Liste das Vertrauen. Aber auch die Rheingönheimer Sozialdemokraten hatten kommunalpolitisch weitaus weniger Wähler hinter sich als ihr Reichspräsidentenkandidat. Zumindes die KPD machte dann aber am 9. April 1925 deutlich, dass sie wieder zu parlamentarischen Gepflogenheiten zurückkehren wollte, indem sie bei der Neuwahl des Bürgermeisters gegen Eugen Schmidt ihren neuen Fraktionsvorsitzenden Johannes Böckler ins Rennen schickte. Während Schmidt aber mit allen zehn Stimmen der Bürgervereinigung wiedergewählt wurde, erhielt Böckler nur das Vertrauen seiner Fraktion. SPD, DDP und Zentrum gaben leere Stimmzettel ab. Zur konstruktiven Mitarbeit kehrte die „Weimarer Koalition“ bei der Wahl der beiden weiteren Bürgermeister zurück, indem sie am 18. April 1925 Johannes Hahl zum dritten Bürgermeister wählte, während Philipp Hammann mit dem Stimmen der Bürgervereinigung zum ersten Stellvertreter von Bürgermeister Schmidt gewählt wurde. Diesmal gab die KPD-Fraktion leere Stimmzettel ab.⁷⁰

Mit der konstituierenden Sitzung des neuen Gemeinderats am 20. April war die kommunalpolitische Krise in Rheingönheim erst einmal überwunden. Altbürgermeister Horlacher hatte erwartungsgemäß sein Mandat nicht angenommen, hingegen erhielt als Nachrücker Ludwig Neumann sowie Wilhelm Hofer ein Mandat. Auf der Tagesordnung stand

⁶⁶ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.482a

⁶⁷ Paul, Franz: Kurzer Abriss der mehr als 400jährigen Geschichte der Ortschaft Rheingönheim, Rheingönheim 1925.

⁶⁸ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.489.

⁶⁹ Vgl. StALu, RG 38 (Wahl der Bürgermeister 1924-1933)

⁷⁰ Vgl. StALu, RG 81 (Gemeinderatswahlen 1920-1925)

wie bei der nachfolgenden Sitzung u.a. das fortbestehende Bestreben der Einwohner des Limburgerhofes auf „Selbständigmachung“. Weitere kommunalpolitische Themen waren u.a. die „Gefährlichkeit auf den Straßen“ durch den zunehmenden „Kraftwagenverkehr“, dem man u.a. durch die Verlegung von Randsteinen begegnete.⁷¹ Die alte Konfliktlinie zwischen Bürgervereinigung und den Arbeiterparteien wurde erstmals wieder am 11. August 1925 deutlich, als die Ratsmehrheit einen Zuschuss zur Teilnahme der Rheingönheimer Arbeitersportler an der Ersten Arbeiter-Olympiade in Frankfurt am Main verweigerte. Entsprechend wurde auch die erfolgreiche Kampagne vom 4. bis 17. März 1925 für die Eintragung in die Listen für das Volksbegehren „Enteignung der Fürstenvermögen“ nur von den beiden Arbeiterparteien propagiert. Der eigentliche Volksentscheid fand dann am 20. Juni 1926 unter der Fragestellung „Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf über Enteignung der Fürstenhäuser Gesetz werden“ statt. Von 2953 stimmberechtigten Rheingönheimer votierten 1885 mit Ja – 63,8 % aller Rheingönheimer entsprachen jedoch nur 31,8 % der Gesamtbevölkerung, womit der Volksentscheid an der 50 %-Hürde gescheitert war.⁷²

Trotz dieser innerörtlichen Niederlage sah der Rheingönheimer „Krieger- und Militärverein“ die Zeit für gekommen – „wenn auch außerhalb seiner Reihen keine besondere Geneigtheit zu spüren war“ – für ein Ehrenmahl für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs zu werben. Projektleiter war Gemeindeverwaltungsobersinspektor Paul, dessen „Ortsgeschichte“ in der Bevölkerung zuvor kaum Anklang gefunden hatte, weshalb bald Bürgermeister Schmidt federführend das Projekt übernahm. Zusätzlich wurde ab dem 21. August 1926 „die öffentliche Propaganda des Krieger- und Militärvereins wesentlich erleichtert“ durch das Erscheinen des Rheingönheimer Tagblatts. Es erschien im Eigenverlag von Andreas Kröner. Aber auch die Plattformen im Tageblatt „ließen einen besonders großen Ertrag nicht buchen“. Gemeindeverwaltungsobersinspektor Paul führte dies auf die Ablehnung der Mitarbeit durch die Arbeitervereine zurück, deren eigenes Denkmal im Luitpoldhain er als „ein Zeichen jener Leidenszeit, in der manches Unrecht zum Recht gemacht wurde“, abqualifizierte. Offensichtlich war der Rheingönheimer Verwaltungsleiter – wie viele seiner Standesgenossen – nicht in der Weimarer Republik angekommen.⁷³

Während deren „Goldene Jahre“ war die Einwohnerzahl Rheingönheims merklich auf 5086 zu Beginn des Jahres 1927 angestiegen. Die Konfliktlinien verliefen aber nach wie vor quer durch die Gemeinde. So lehnte es der Gemeinderat am 12. August 1927 gegen die Stimmen der beiden Arbeiterparteien ab, das für das geplante „Volkshaus“ des (Arbeiter)-Sportkartells zur Verfügung gestellte Gelände in Erbpacht abzutreten. Auch in der Frage der Verselbstständigung des Limburgerhofes war man uneins – während die Bürgervereinigung dies zuzustimmen bereit war, „ohne daß man Rheingönheim so schwer schädigt“, lehnten SPD, KPD, DDP und Zentrum am 6. Oktober 1927 diese weiterhin grundsätzlich ab. Zum neuerlichen Eklat kam es dann bei der Festlegung des Pachtpreises für Gemeindeland, das durch Bürgermeister Schmidt bewirtschaftet wurde. Zunächst verließen SPD und KPD unter Protest den Raum – nach ihrer Rückkehr die Bürgervereinigung. Daraufhin hob der Bürgermeister die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit auf.⁷⁴

Die Spaltung der Gemeinde illustriert auch die Nichtberichterstattung über die „Revolutionsfeier“ der KPD durch das Rheingönheimer Tagblatt. Anlässlich des zehnten

⁷¹ Vgl. StALu, RG 11 (Protokollbuch des Gemeinderats 1919-1926), S.483 ff.

⁷² Vgl. Becker, Klaus J., Kampf um die Klasse. Arbeitersport in Ludwigshafen am Rhein, in: Furtwängler, Martin/Pfanz-Sponagel, Christine/Ehlers, Martin (Hgg.), Nicht nur Sieg und Niederlage. Sport im deutschen Südwesten im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2011, S. 89-110.

⁷³ Vgl. StALu, RG 794a (Manuskript Paul).

⁷⁴ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 122 ff.

Jahrestages der Oktoberrevolution hatte die KPD und „verschiedene dem Freien Sportkartell angeschlossene Vereine“ für den 6. November 1927 eine Veranstaltung im Saale „Zum Löwen“ groß plakatiert. Während sich der Krieger- und Militärverein in der neuen Ortszeitung prominent vertreten war, fand die KPD-Veranstaltung keine Erwähnung.⁷⁵ Das Rheingönheimer Tagblatt zielte lediglich auf den nationalliberalen Leserkreis; die Rheingönheimer Arbeiter hingegen informierten sich wie bisher über sozialdemokratische Pfälzische Post oder die kommunistische Arbeiterzeitung, deren Redaktionssitz jeweils in Ludwigshafen war.⁷⁶ Entsprechend findet sich auch im Gemeinderatsprotokoll⁷⁷ vom 1. Dezember 1927 eine Danksagung für einen Zuschuss an das „Krieger-Erholungs-Heim, Edenkoben“ und zwei Seiten weiter die Ablehnung der Anschaffung eines Gedenkwerkes über den ersten Präsidenten der Deutschen Republik durch Bürgermeister und Bürgervereinigung gegen die Stimmen von SPD, KPD, DDP und Zentrum.⁷⁸ Dass der Wille der nationalliberalen Gemeinderatsmehrheit nur bedingt dem Willen der Ortsbevölkerung entsprach, illustrierten die gleichzeitig durchgeführten Reichstags- und Landtagswahlen vom 20. Mai 1928: Die nationalliberale DVP erhielt bei der Reichstagswahl nur 335 Stimmen – die SPD hingegen 1034, die KPD 488, das Zentrum 321 und die DDP 159.⁷⁹ Trotzdem blieb die nationalliberale Gemeinderatsmehrheit auch nachfolgend ihrer Linie treu und verweigerte z.B. am 12. Dezember 1928 sowohl der kommunistischen „Roten Hilfe“ wie der sozialdemokratischen „Arbeiterwohlfahrt“ Zuschüsse.⁸⁰

Die aufkommende Weltwirtschaftskrise zeigte bereits im Januar 1929 Vorboten – nach langer Zeit mussten wieder Notstandsarbeiten für ausgesteuerte Erwerbslose vergeben werden. Die ausgefallenen Steuereinnahmen mussten wiederum durch langfristige Darlehn bei der Bayerischen Gemeindebank kompensiert werden.⁸¹ Angesichts der heraufziehenden Krise ist bemerkenswert, dass der Gemeinderat nicht das Ablenkungspotential eines Kinos erkannte und am 1. August 1929 bereits zum zweiten Mal⁸² die Ansiedlung eines solchen ablehnte. Stattdessen beschloss man am 24. Oktober 1929 den seit 1906 aufgelassenen Friedhof in der Ortsmitte als Parkanlage auszubauen und dort das geplante Gefallenendenkmal des Krieger- und Militärvereins zu platzieren.⁸³ Unvermeidlich war dagegen der Verlust der Friedensau mit der Zuckerfabrik durch die Verselbständigung des Limburgerhofes zum 1. Januar 1930. Rheingönheim verlor dadurch 63 Hektar seines Gemeindegebietes. Am 31. Oktober 1929 hatte das Staatsministerium des Innern in München den vier betroffenen Gemeinden eine Landkarte zugeschickt, in der die Grenzen der abzutretenden Gebietsteile markiert waren.⁸⁴

Dem Gemeinderat war dieses Faktische allerdings keine Erörterung mehr wert – zumal am 8. Dezember 1929 seine Neuwahl auf der Tagesordnung stand. Allerdings war der Limburgerhof

⁷⁵ Vgl. StALu, Plakatsammlung, 1927/2.

⁷⁶ Vgl. Mörz, Stefan: Vom Westboten zur Rheinpfalz. Die Geschichte der Presse im Raum Ludwigshafen von den Anfängen bis zur Gegenwart, Ludwigshafen am Rhein 1994, S. 81 ff.

⁷⁷ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 144 ff.

⁷⁸ Vgl. StALu, Y4/B/FEbB/1926 (Friedrich Ebert und seine Zeit. Ein Gedenkwerk über den ersten Präsidenten der deutschen Republik, Charlottenburg 1926).

⁷⁹ Vgl. StALu, RG 91 (Reichstagswahlen 1928).

⁸⁰ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 233 ff.

⁸¹ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 235 ff.

⁸² Bereits im Februar 1926 hatte Philipp Johann vergeblich einen Antrag gestellt. vgl. Baum, Herbert: Lebende Bilder in unserer Stadt. Ein Jahrhundert Ludwigshafener Kinogeschichte, Ludwigshafen am Rhein 2003, S. 48 f.

⁸³ Vgl. Anm. 25, S. S.103.

⁸⁴ Vgl. Hoppe, Werner: Die Entstehung der politischen Gemeinde Limburgerhof, in: „das gedenkt mir noch“. Beiträge zur Geschichte von Limburgerhof. herausgegeben vom Historischen Verein, Limburgerhof 1980;S. 85 ff.

durchaus ein Wahlkampfthema, wie aus den wenigen überlieferten Flugblättern zu entnehmen ist: Die Bürgervereinigung betonte noch einmal, weshalb sie für „die Nichteinbeziehung des Limburgerhofes nach Rheingönheim“ gewirkt hatte, da ansonsten der Gemeinde „unheimlich hohe Lasten aufgebürdet worden“ wären. Die diesmal als „Wirtschaftliche Vereinigung“ kandidierende DDP stellte fest, dass die letzten fünf Jahre „statt Erleichterungen, neue Lasten und Pflichten“ gebracht hatten und forderte u.a. „Maßnahmen zur Hebung des Wohnungselendes“. Die Sozialdemokraten kritisierten mit Bürgermeister Schmidt „der reichste Mann im Dorf“ 2600 Mark Amtsentschädigung bezogen hatten, während sich Bürgermeister Horlacher mit 500 begnügt hatte und forderte insbesondere die Arbeiterschaft auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.⁸⁵

Dieser Appell der Sozialdemokraten blieb nicht wirkungslos: Mit 913 Stimmen lag die SPD am 8. Dezember 1929 wieder deutlich vor der Bürgervereinigung mit 794 Stimmen. Platz drei belegte wieder die KPD mit 469 Stimmen, gefolgt vom Zentrum mit 382 Stimmen und der Wirtschaftlichen Vereinigung mit 253 Stimmen. Die NSDAP war in der Rheingemeinde noch nicht organisiert. Da die Wirtschaftliche Vereinigung allerdings mit der Bürgervereinigung eine Listenverbindung eingegangen war, war eine Wiederbelebung der „Weimarer Koalition“ in Rheingönheim nicht gesichert, aber auch die Arbeiterparteien waren allein erneut nicht mehrheitsfähig. Insofern war die Wahl des Bürgermeisters am 12. Dezember 1929 mit Spannung verbunden: Im ersten Wahlgang erhielt der bisherige Zweite Bürgermeister Johannes Hahl neben den sieben Stimmen seiner SPD-Fraktion auch die beiden Zentrumsstimmen. Für den bisherigen Bürgermeister Eugen Schmidt stimmten nur die sechs Vertreter der Bürgervereinigung und ein Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung. Der Kommunist Johannes Böckler erhielt nur die drei Stimmen der KPD-Fraktion; Friedrich Hess von der Wirtschaftlichen Vereinigung vermutlich nur seine eigene. Somit war keiner der vier Kandidaten durch absolute Mehrheit gewählt, so dass ein zweiter Wahlgang notwendig war, bei dem Johannes Hahl wieder mit neun Stimmen gegen Eugen Schmidt wieder mit sieben Stimmen mit einfacher Mehrheit obsiegte. Vier Stimmberechtigte hatten ungültig votiert. Die Wahl des zweiten Bürgermeisters erfolgte am 16. Dezember 1929: Die Koalition aus SPD und Zentrum schickten den Zentrumsman Peter Deuschel ins Rennen, der beim ersten Wahlgang mit neun Stimmen aber nicht die erforderliche Mehrheit erreichte. Auf Altbürgermeister Schmidt entfielen erneut nur die sechs Stimmen der Bürgervereinigung; für den KPD-Kandidaten Wilhelm Schäfer votierte nur seine Fraktion – drei Stimmen waren ungültig. Im zweiten Wahlgang erhielt Deuschel dann alle Voten aus dem eigenen Lager und wurde mit zehn Stimmen mit einfacher Mehrheit zum zweiten Bürgermeister gewählt; Schmidt hatte erneut nur fünf Stimmen erhalten – diesmal wurden fünf Ungültige gezählt.⁸⁶ Der neue Gemeinderat konstituierte sich aber erst am 6. Januar 1930. Dadurch erstand die kuriose Situation, dass der gerade abgewählte Eugen Schmidt am 19. Dezember noch einmal eine Gemeinderatssitzung in alter Besetzung leitete, aber das Sitzungsprotokoll bereits von seinem Nachfolger Hahl unterzeichnen ließ.⁸⁷

Die neue kommunale Spitze führte die Gemeindeverwaltung des inzwischen 5.272 Einwohner zählenden Dorfes zunächst in ruhigeres Fahrwasser zurück: Auf der Tagesordnung stand vor allem die Kanalisation der Gemeinde. Zudem wurde am 2. April 1930 mit der Eröffnung der Kraftpostlinie die Pferdepostverbindung zwischen Altrip und Rheingönheim endgültig aufgehoben. Mit dem Abzug der französischen Besatzungstruppen aus der Pfalz am 30. Juni 1930 und der damit „wieder eingetreten Bewegungsfreiheit“ nahmen die nationalgesinnte Gemeindeopposition um Eugen Schmidt ihre Bemühungen für die Errichtung eines

⁸⁵ Vgl. StALu, RG 1417 (Flugblattsammlung 1929).

⁸⁶ Vgl. StALu, RG 85 (Gemeinderatswahl 1929).

⁸⁷ Vgl. RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 321 ff.

Gefallenendenkmals für Opfer des I. Weltkriegs wieder auf. „In Anbetracht der inzwischen wieder eingetretenen Geldknappheit und wirtschaftlichen Not“ ein nicht ganz einfaches Unterfangen.⁸⁸ Tatsächlich begann sich die Weltwirtschaftskrise nun auch auf Rheingönheim auszuwirken. So musste die Gemeinde am 3. Juli 1930 zur Finanzierung der Kanalarbeiten ein „Auslandsdarlehen“ aufnehmen, da in Deutschland die Banken schon illiquid waren. Die Wirtschaftskrise zog die politische Krise nach sich. Am 18. Juli 1930 wurde der Reichstag aufgelöst und für den 14. September 1930 Neuwahlen angesetzt. Erstmals spielte die NSDAP mit 13 Prozent eine signifikante Rolle im Dorf, auch wenn sie damit noch deutlich unter ihrem reichsweiten Ergebnis lag. Auch war die Wahlbeteiligung in Rheingönheim im Gegensatz zum Reich kaum gestiegen. Ganz offensichtlich war das bisherige links- aber vor allem das rechtsliberale Milieu im Dorf wahlpolitisch zur NSDAP übergegangen. Allerdings hatte auch die KPD nahezu ihr ganzes Potenzial wieder ausschöpfen können und mit 745 Stimmen fast wieder das Ergebnis der SPD mit 852 erreicht.⁸⁹ Insgesamt war die Dominanz der Arbeiterbewegung im Dorf ungebrochen: So konnte die ihr seit 1904 über den Arbeitersport angeschlossene Turngesellschaft „Frei Heil“ zeitgleich eine vereinseigene Turnhalle errichten.⁹⁰ Parkplätze vor der Halle waren damals noch nicht vorgesehen – tatsächlich wurde aber 2. Oktober 1930 der erste „Autoparkplatz“ in Rheingönheim ausgewiesen. Vorsitzender der TG „Frei Heil“ war seit 1910 Wilhelm Schäfer – Mitglied des Gemeinderates war seit 1930 für die KPD, die ihn allerdings bereits am 13. November 1930 aus ihren Reihen ausschloss. Die KPD hatte offensichtlich nichts aus ihren Fehlern von 1924/25 gelernt.⁹¹ Frei von Fraktionskämpfen hingegen präsentierten sich die Nationalgesinnten in Rheingönheim: Am 23. August 1931 wurde im inzwischen 5.315 Einwohner zählenden Rheindorf mit einem „Festumzug, Fahنشmuck, Böllerschüssen, Fahنشenkung, Glockengeläut“ das Kriegerdenkmal für die Gefallenen des I. Weltkriegs eingeweiht. Während der Tenor der Einweihungsfeierlichkeiten im „damals Üblichen verhaftet“ blieb, war das von den beiden Berliner Architekten K. und W. B. Staudinger entworfene Denkmal selbst „außergewöhnlich, als ihm der kriegerische Bezug fehlte“. Ob letzterer wirklich im Sinne seiner Errichter war, muss hier zumindest offen bleiben.⁹² Geschlossen war kurz darauf dagegen die am Ortsrand zu Altrip zu findende Dampfziegelei Blüm. Ihre Zwangsversteigerung machte manche Beschäftigte nicht nur arbeitslos, sondern auch wohnsitzlos, da sie die Werkwohnungen räumen mussten. Der Gemeinderat konstatierte, dass die Betroffenen „nach den wirtschaftlichen Verhältnissen in absehbarer Zeit keine Arbeit finden“ würden und verweigerte denjenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft die Aufnahme in dieselbe, um nicht die Gemeinde mit weiteren Fürsorgefällen zu belasten. Längst stand nämlich wieder die Beschaffung von „Holz für Bedürftige“ oder „Kinderspeisung“ auf der Tagesordnung der Sitzungen.⁹³

Unter diesen Voraussetzungen fanden ab dem 13. März 1933 auch in Rheingönheim nach einander gleich fünf Wahlen, die richtungsweisend auch für das Schicksal des Rheindorfes sein sollten. Der Auftakt machte am 13. März 1932 die regulär angesetzte Neuwahl des Reichspräsidenten. Der von Sozialdemokraten, Liberalen und katholischem Zentrum getragene Paul von Hindenburg erhielt im Rheindorf 1.406 Stimmen – gefolgt von 897 Stimmen für den KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann und 804 Stimmen für Hitler. Also auch

⁸⁸ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 328 ff. und StAL6u, RG 794a (Manuskript Paul).

⁸⁹ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 369 ff. und StALu, RG 92 (Reichstagswahl 1930).

⁹⁰ Vgl. <http://www.tg-rheingoenheim.de/index.php/verein> - abgerufen am 13.07.2017.

⁹¹ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 387 ff.

⁹² Vgl. Anm. 25, S. S.103-107.

⁹³ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 453 ff.

in Rheingönheim konnten sich die Demokraten erst im zweiten Durchgang am 10. April 1932 mit 1.728 Stimmen für Paul vor Hindenburg durchsetzen – erstmals lag die NSDAP mit Hitler und 1.012 Stimmen vor der KPD, die für Thälmann nur noch 643 Wähler mobilisieren konnte.⁹⁴ Ein Stimmungswechsel, der bei der nachfolgenden Landtagswahl am 24. April 1932 fortsetzte – erstmals war die NSDAP mit 999 Wählern die stärkste Partei in Rheingönheim. Wieder vor der KPD, die mit 674 Stimmen noch vor der SPD mit 651 lag. Während das katholische Lager noch 385 Wähler mobilisieren konnte, waren Rechts- und Linksliberale schon nahezu marginalisiert.⁹⁵ Im Gemeinderat war der Aufstieg der NSDAP aber kein Thema: Die Höhe der Gemeindebesteuer, die Reparatur des Volksbades oder die Errichtung einer „öffentlichen Telefonstelle“ sowie der „8. Mädchenschulklasse“ bestimmten noch den Alltag. Lediglich die Anschaffung von vier Tafeln für das Anbringen von Wahlplakaten, um das „Ankleben an der Häusern“ zu vermindern, war ein Hinweis auf den Fortgang der „Wahlschlacht“ am 31. Juli 1932.⁹⁶ Zuvor hatte am 4. Juni 1932 der Reichspräsident den Reichstag aufgelöst, da nach seiner Ansicht nach den vorangegangenen Landtagswahlen das höchste Parlament nicht mehr die Mehrheit des Volkes repräsentiere. Die Rheingönheimer sahen dies wohl ähnlich: Erneut wurde die NSDAP mit 1054 Stimmen stärkste Partei – nun wieder vor der SPD mit 826 Wählern und der KPD mit 664. Auch das katholische Milieu zeigte sich mit 430 Stimmen leicht erholt – die Liberalen mit 19 Stimmen marginalisiert.⁹⁷ Dass aber das ständige Wählen die wirtschaftliche Krise nicht löste, machte die Gemeinderatssitzung vom 15. August 1932 deutlich, als der Gemeinderat mehrheitlich beschloss, die Straßenbeleuchtung „wegen der Notzeit auszuschalten“, da die Energieschulden bei der Stadt Ludwigshafen nicht mehr getilgt werden konnten.⁹⁸ Trotzdem wurden die Rheingönheimer bereits am 06. November 1932 erneut zur Wahlurne gerufen, da nach der Reichstagswahl vom Juli 1932 wegen hoher Gewinne der NSDAP keine Regierung auf parlamentarischer Grundlage gebildet werden konnte. Im Gegensatz zur Reichsebene wirkt sich dies aber für die NSDAP nicht negativ aus – lediglich drei Stimmen weniger verzeichnete das örtliche Endergebnis. Die KPD konnte leicht zuungunsten der SPD gewinnen – verblieb aber, wie erstmals reichsweit, auf dem dritten Platz. Hier wie dort fand sich auf Platz vier wieder das Zentrum; in Rheingönheim aber deutlich geschwächt, während Rechtliberalen mit 30 Stimmen unbedeutend blieben. Rheingönheim war damit zwar nach wie vor eine mehrheitlich „rote Gemeinde“, aber eine demokratische Mehrheit hatte auch diese Reichswahl im Rheindorf nicht mehr erbracht.⁹⁹ Als erstes erkannte Friedrich Hess von der Wirtschaftlichen Vereinigung die Zeichen der Zeit und gab am 24. Januar 1933 Bürgermeister Hahl seinen Übertritt „zur nationalsozialistischen Bewegung“ kund.¹⁰⁰ Trotzdem ist auch der nachfolgenden Gemeinderatssitzung am 26. Januar 1933 zu entnehmen, dass die Zeitgenossen auch nach dem Jahreswechsel keine existenziellen Veränderungen erwarteten. Lediglich bei der „Neubildung des Tabakpflanzerausschusses“ kam es zum innerdörflichen Grundkonflikt zwischen Arbeitermilieu und Agrariern. Die Vertreter von SPD und KPD verließen demonstrativ die Sitzung des Gemeinderats, konnten damit aber eine Besetzung des Ausschusses im Sinne der zukünftigen nationalsozialistischen Gemeindeführung nicht verhindern.¹⁰¹

⁹⁴ Vgl. StALu, RG 89 (Reichspräsidentenwahl 1932).

⁹⁵ Vgl. StALu, RG 86 (Landtagswahl 1932).

⁹⁶ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 489 ff.

⁹⁷ Vgl. StALu, RG 1084 (Reichstagswahl 1932).

⁹⁸ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 517.

⁹⁹ Vgl. StALu, RG 1084 (Reichstagswahl 1932).

¹⁰⁰ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat).

¹⁰¹ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 535 ff.